

(Veronika Netzhammer)

dern es ist die Kommune. Wenn man einmal durch das Land fährt, kann man feststellen, dass die Ansiedlungspolitik in den Unternehmen, die Politik zur Entwicklung der Ortskerne sehr unterschiedlich ist.

Dass inzwischen auch Bürger einen ungebremsen Flächenzuwachs kritisch sehen, zeigt u. a. ein Fall, der derzeit im Petitionsausschuss behandelt wird, der auch durch die Presse ging. Bei diesem Fall ist ein Teil der Bürger der Meinung, dass mit zwei Lebensmittelmärkten die Versorgung im Ort gesichert sei und ein weiterer Markt mit 1 500 m² plus 100 Parkplätzen nicht notwendig sei, um die Versorgung der Einwohner im Ort zu sichern.

Im Gegensatz zu meiner Vorrednerin begrüße ich es ausdrücklich, dass die Landesregierung den Kabinettsausschuss Ländlicher Raum eingesetzt hat. Ich glaube, dort sind eine ganze Menge von sinnvollen Empfehlungen herausgearbeitet worden. Es wäre sicher wichtig, diese auch im zuständigen Ausschuss zu behandeln.

Ich bin auch der Meinung, dass Landesentwicklungsplan und Landesplanungsgesetz und auch der Einzelhandelserlass die richtigen Instrumente sind, um die regionalplanerische Steuerung von Handelsflächen durchzuführen und auch Nahversorgung zu sichern.

Die Landesregierung macht über das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum und die Stadtsanierung sehr viel, um die verbrauchernahe Versorgung zu sichern. Es gibt gute Beispiele dafür, dass durch die Umnutzung bestehender Gebäude, durch Schließung von Baulücken in den Ortskernen wettbewerbsfähige Handelsflächen mit den entsprechenden Parkflächen geschaffen werden konnten.

Ich möchte an dieser Stelle, weil es auch im Antrag vorkommt, der Landesregierung ausdrücklich dafür danken, dass sie mit ihrer Breitbandinitiative und ihrem Gang nach Brüssel – ich möchte nicht sagen: nach Canossa – erreicht hat, dass sich die Kommunen beim Ausbau der Breitbandinfrastruktur engagieren können. Das war vorher nicht möglich. Sie hat ein Förderprogramm aufgelegt, und die Bundesregierung hat die Förderung jetzt aufgestockt. Insofern können wir davon ausgehen, dass der Ausbau der Breitbandinfrastruktur – die Breitbandversorgung gehört inzwischen ja zur Grundversorgung, insbesondere wenn es um die Ansiedlung von Unternehmen geht – zügig vorangehen kann. Es gibt ja gerade im ländlichen Raum Unternehmen, die ihren Bürgermeistern mit Abwanderung drohen, wenn die Infrastruktur nicht möglichst schnell verbessert wird.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Abschließend möchte ich sagen, dass Nahversorgung aus unserer Sicht ein wichtiges Zukunftsthema ist, auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Ältere Menschen legen mehr Wert auf Nahversorgung als junge, automobile Menschen. Oder, umgekehrt gesagt: Eine funktionierende Nahversorgung ermöglicht älteren Menschen, länger selbstständig in ihrem gewohnten Umfeld zu leben. Aus diesem Grund wird sich die CDU-Frakti-

on auch in Zukunft für eine verbrauchernahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs einsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth
FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Murschel für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In Anbetracht der vorherigen Diskussion und der jetzigen Debatte

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Und auch nachher!)

kommt mir in den Sinn: Wäre die Nahversorgung ein Schloss, dann hätten wir, glaube ich, schon lange eine Lösung dafür gefunden.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Aber das Thema ist derart komplex und verwoben und in den verschiedensten Bereichen untergebracht, dass man irgendwie keinen Zugang dazu findet. Als wir darüber diskutiert haben, wer heute zu diesem Thema sprechen soll, ist die Frage aufgekommen: Ist das ein Thema der Wirtschaftspolitik? Ist das ein Thema des Verbraucherschutzes? Ist das ein Thema des ländlichen Raums?

(Zuruf des Abg. Fritz Buschle SPD)

Wo ist es denn eigentlich verortet? Wo greift man dieses komplexe Thema eigentlich auf, sodass man tatsächlich in absehbarer Zeit zu konkreten Umsetzungsschritten kommt? Genau darin liegt nämlich das Problem: Das Thema ist derart komplex, dass man die betreffenden Probleme sicherlich nicht dadurch löst, dass ein Ressort anfängt, etwas zu tun.

Ich will das einmal an einem Punkt, der mir gerade wichtig erscheint, ein bisschen aufdröseln. Wir haben jetzt 150 Millionen € für den ländlichen Raum, die wir in diesem Jahr investieren. Damit bekommt das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum eine neue historische Dimension, zumindest wenn es um die Frage des Geldes geht. Dabei handelt es sich um 62 Millionen € „altes“ Geld für private und kommunale Investitionen –

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

das ist die gleiche Betragshöhe wie die Mittel für Schloss Salem – und um über 88 Millionen € für neue Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket. Darin – das klingt jetzt schon an – sind sicherlich ganz viele gute Projekte enthalten. Wer das Ganze durchblättert, sieht, dass es da um Infrastrukturmaßnahmen, um Bildungseinrichtungen im ländlichen Raum, um Naturschutzzentren im Allgäu, in Oberschwaben, um eine Jugendbildungsstätte, die Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau, das Haupt- und Landgestüt in Marbach, Bildungsverbesserungen und, und, und geht.

(Abg. Elke Brunner CDU: Worüber spricht er denn jetzt?)

(Dr. Bernd Murschel)

Wenn man das Ganze jetzt in neuer Dimension sieht, in der Geld in nie dagewesener Größe investiert wird, stellt sich nur die Frage: Ist dieses Geld jetzt richtig investiert? Bringt dieses Geld für das Thema „Grundversorgung und Nahversorgung“ tatsächlich einen echten Schub? Man kann schon Zweifel daran haben, dass das tatsächlich so passiert, und sich fragen, ob nicht, gerade weil es so schwierig ist, weil wir jetzt auch eine schwierige Zeit haben, neue Maßnahmen, neue Denkansätze notwendig wären, um das Geld auch gezielt und effizient einzusetzen.

Für die künftige Verwendung öffentlicher Mittel brauchen wir ein transparentes Kriterium, mit wie viel Euro man wie viele Arbeitsplätze im ländlichen Raum schafft. Es muss darum gehen, den Geldeinsatz hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen zu optimieren.

Ein weiterer notwendiger Punkt ist die Verzahnung der Förderkulisse im ländlichen Raum. Dazu gehört einerseits die Vernetzung der Infrastruktur- und der Wirtschaftsförderung, wie wir sie klassischerweise haben, mit den Zielen, die es auf EU- und Bundesebene gibt, und mit den Zielen, die sich das Land selbst gesetzt hat.

Was heißt das konkret? Ich nenne zwei, drei Beispiele.

Wasserrahmenrichtlinie: Nach Aussagen von Frau Gönner wird es nicht möglich sein, die Wasserrahmenrichtlinie im Zielrahmen 2015 umzusetzen, damit der Wasserschutz den Stand erreicht, der in Europa geschaffen werden soll. Dann muss das Land aber tatsächlich auch die jetzige Förderkulisse mit den Maßnahmen nach der Wasserrahmenrichtlinie verzahnen.

Biodiversität ist genauso ein Thema. In Bezug auf Natura 2000 bestehen Defizite ohne Ende. Es gibt keinerlei Verzahnung mit den Maßnahmen, die hier jetzt für den ländlichen Raum vorgesehen sind.

Das Thema Flächenverbrauch hatten wir gestern. Wo findet sich – mit Ausnahme von MELAP – tatsächlich eine Verzahnung mit der Förderung aus dem Konjunkturpaket? Fehlangeige, nichts da. Es ist viel zu wenig da.

Wir fordern andererseits eine stärkere Unterstützung von Modellprojekten. Ich nenne als Stichwort LEADER. Wir wollen den Flächenspareffekt, den ich gerade genannt habe, stärker verankern. Die 5 Millionen €, die für den ländlichen Wegebau vorgesehen sind, wollen wir in die Förderung des ÖPNV umschichten.

Letzter Aspekt – dann ist meine Redezeit auch vorbei –: Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich die Förderung auf die mittelständischen Unternehmen konzentriert. Aber wir sagen auch eindeutig Nein zur Förderung der interkommunalen Gewerbegebiete auf der grünen Wiese; so muss man es nennen. „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ ist nach wie vor das Thema, das auch den ländlichen Raum betrifft.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das wissen wir doch!)

– Wir wissen es, aber wir setzen es nicht um. Deswegen reden wir immer wieder über das Thema „Nahversorgung und ländlicher Raum“. Ich hoffe, dass der Zustand besser wird

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Noch besser!)

und nicht auf dem jetzigen Niveau stagniert.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Es gibt nichts, was nicht noch besser werden kann!)

Stelly. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es trifft nicht zu, dass, wie Herr Murschel gerade gesagt hat, die Landesregierung zwar das Prinzip „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ in Sonntagsreden propagiere, aber nicht danach handle. Wenn man sich die Programme der Landesregierung, insbesondere das Landessanierungsprogramm, aber auch die Programme des Ministeriums Ländlicher Raum anschaut,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: ELR!)

dann stellt man fest, dass genau solche Projekte gefördert werden, die etwa geeignet sind, eine innerstädtische Industriebranche für die Entwicklung einer kleineren Gemeinde im ländlichen Raum umzuwandeln. Es gibt vielfältige Beispiele dafür, dass das gelingt

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Dann haben wir ja kein Problem mehr!)

und durchaus auch die Nahversorgung im ländlichen Raum von einer solchen Entwicklung profitiert.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: In ganz Baden-Württemberg!)

– Das gibt es im gesamten Land; das ist völlig richtig. – Insofern sind das nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern gibt es vielfältige Beweise dafür, dass dies funktioniert.

Richtig ist allerdings, dass diese Programme nicht ausreichen, weil sie allein nicht in der Lage sind, eine angemessene Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs für den ländlichen Raum in Baden-Württemberg zur Verfügung zu stellen. Notwendig sind natürlich auch andere Maßnahmen; das ist völlig klar.

Da widerspricht sich auch etwas die Argumentationsweise der Opposition. Die Opposition fordert nämlich immer, im ländlichen Raum Flächen zu sparen, keine Gewerbegebiete auszuweisen, Restriktionen bei der Landesplanung für die Ausweisung von Einkaufsmärkten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Bei dieser Rede schlafen einem ja die Füße ein! – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Was steht im Koalitionsvertrag?)

Damit kann man durchaus Flächen sparen. Damit kann man durchaus auch den innerstädtischen Handel

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Kaputt machen!)

in Unterzentren, in Mittelzentren, in Oberzentren beleben, indem man die Leute zwingt, dass sie sich ins Auto setzen und zum Einkaufen in die Oberzentren oder in die Mittelzentren